

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 113
des Abgeordneten Franz Josef Wiese (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/188

„Brandenburg wird Autoland“ durch sog. Taskforce in der Staatskanzlei

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen des Fragestellers: Kaum ein Tag vergeht ohne „positive Meldungen“ zur geplanten Ansiedlung des Großkonzerns Tesla in Brandenburg. Der aktuelle CDU-Landespartei- und künftige Innenminister der Landesregierung Stübgen sagte den Potsdamer Neuesten Nachrichten am Sonntag, den 17.11.2019: „Im Gegensatz zum BER können wir beweisen, dass solch Großinvestitionen und in engem Zeitrahmen auch große Industrieansiedlungen in Deutschland möglich sind.“ Zur Realisierung und Beschleunigung des Projektes plant die Landesregierung die Einsetzung einer zeitlich begrenzten Arbeitsgruppe (sog. Taskforce) in der Staatskanzlei.

Frage 1: Wer hat neben Tesla-Konzernchef Elon Musks Stellvertreter und Wirtschaftsminister Jörg Steinbach den „Letter of Intent“, d.h. die Absichtserklärung zur Gigafabrik in Grünheide noch unterschrieben und welche Inhalte genau umfasst diese?

zu Frage 1: Niemand. Im „Letter of Intent“ haben beide Seiten ihre Absicht erklärt, sich für die Verwirklichung des Investitionsvorhabens am Standort Freienbrink einzusetzen. Wie bei jedem Investitionsvorhaben müssen Standortfragen und Fördermöglichkeiten geprüft sowie notwendige Abstimmungen vorgenommen werden.

Frage 2: Wurden neben der Absichtserklärung weitere Erklärungen, Vereinbarungen bzw. Verträge durch Tesla und das Land Brandenburg unterzeichnet oder mündlich getroffen?

Frage 4: Liegen der Landesregierung schriftliche Vereinbarungen über die in den Raum gestellte Gesamtinvestitionssumme für Grünheide in Höhe von vier Milliarden Euro vor?

zu den Fragen 2 und 4: Nein. Es wurden keine weiteren Vereinbarungen getroffen.

Frage 3: Welche rechtlichen Konsequenzen sieht die Absichtserklärung bzw. weitere zwischen den Parteien getroffene Vereinbarungen bei Nichterfüllung des Engagements durch Tesla vor?

zu Frage 3: Die Absichtserklärung ist nicht rechtlich bindend. Weitere Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

Eingegangen: 20.12.2019 / Ausgegeben: 27.12.2019

Frage 5: Wann werden final die Verträge zur Gigafactory in Grünheide unterschrieben und welche Unterlagen sind dafür noch seitens Tesla zu erbringen?

zu Frage 5: Das Unternehmen hat angekündigt in 2020 mit dem Bau zu beginnen und in 2021 die Produktion starten zu wollen. Über die konkreten zeitlichen Abläufe liegen der Landesregierung zurzeit keine Informationen vor.

Frage 6: Durch wen wurden wann und auf welcher Grundlage EU-Fördermittel in welcher Höhe beantragt oder hat es lediglich eine Vorprüfung dazu gegeben und wie setzt sich die Fördersumme von 300 Millionen Euro zusammen?

zu Frage 6: Weder gibt es einen Förderantrag für EU-Fördermittel noch hat es zu EU-Fördermitteln eine Vorprüfung gegeben.

Frage 7: Aus welcher Rechtsgrundlage heraus wird die Landesregierung die angekündigte Task Force zur geplanten Ansiedlung von Tesla einrichten?

zu Frage 7: Der Ministerpräsident hat entsprechend seiner Verantwortung gemäß Artikel 89 der Landesverfassung eine bei ihm angebundene Arbeitsgruppe (Task Force) eingerichtet.

Frage 8: Wieviel Personen und mit welchen Qualifikationen umfasst diese Taskforce, wie viele Gelder aus welchen Haushaltstiteln werden der Taskforce zur Verfügung gestellt?

zu Frage 8: Der Arbeitsgruppe gehören neben der Staatskanzlei die Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Energie, für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, für Infrastruktur und Landesplanung, der Finanzen und Europa sowie des Inneren und für Kommunales an. In der Arbeitsgruppe sind zudem der Landkreis Oder-Spree sowie die Gemeinde Grünheide (Mark) vertreten. Bei Bedarf können Vertreter weiterer Behörden oder sonstige Experten hinzugezogen werden. Auch Vertreter von Tesla sind Mitglieder der Task Force. Der Arbeitsgruppe werden keine Gelder zur Verfügung gestellt.

Frage 9: Was sind die Kernaufgaben der Taskforce zur Tesla-Gigafactory in Grünheide und wie wird durch deren Tätigkeiten die kommunale Selbstverwaltung tangiert?

zu Frage 9: Die Arbeitsgruppe stellt ein konzertiertes und abgestimmtes Vorgehen der Landesregierung bei sämtlichen im Zusammenhang mit dem Ansiedlungsvorhaben stehenden Fragen sicher und kann im Bedarfsfall steuernd eingreifen.

Frage 10: Im Zusammenhang mit der geplanten Gigafactory in Grünheide ist eine weitere Großinvestition bekannt geworden, die in der Lausitz am Standort Schwarzheide für eine Batteriefabrik erfolgen soll. Welche Investitionssumme durch welchen Investor steht dort im Raum und sind dafür Fördermittel (Landesmittel und/oder EU-Mittel) in Aussicht gestellt worden?

zu Frage 10: Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Investition in Grünheide und einer in den Medien verbreiteten Großinvestition in eine Batteriefabrik in Schwarzheide. BASF hat nach eigenen Angaben seine Standortentscheidung noch nicht getroffen. Das Projekt soll neben anderen bei einer Realisierung in Deutschland vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert werden. Es erwartet von den Ländern, in denen die Vorhaben realisiert werden, eine finanzielle Beteiligung an der Förderung.